Wirtschaftsdienst

Hamburg, den 1. Mai 1931

Weltwirtschaftliche Nachrichten

Heft 18
XVI. Jahrgang

Herausgegeben vom Hamburgischen Welt-Wirtschafts-Archiv an der Universität Hamburg in Verbindung mit dem Institut für Weltwirtschaft und Seeverkehr an der Universität Kiel

Anschrift für Verlag Wirtschaftsdienst, G. m. b. H., und Schriftleitung: Hamburg 36, Poststraße 19 / Fernruf: C 4 Dammtor 5472 und 5951 / Telegramm-Adresse: Weltarchiv Hamburg / Postscheckkonto: Hamburg 12842 Bankkonto: Norddeutsche Bank in Hamburg Filiale der Deutschen Bank und Disconto-Gesellschaft / Bezugspreis vierteljährlich 12 RM / Buchhändlerische Auslieferung durch Friederichsen, de Gruyter & Co. m. b. H., Hamburg 1

Gedanken über Freihandel

Von John Maynard Keynes (Cambridge)

Die Ausfuhrindustrien

Die Kommentare zu meinem Artikel in Heft 10/1931 des „Wirtschaftsdienst", in dem ich die Einführung eines Finanzzolltarifes vorschlug, haben eine übergroße Fülle von Problemen angeschnitten. Nachstehend werde ich mich nach besten Kräften bemühen, freimütig meine Meinung über die wichtigeren der aufgeworfenen Fragen zu sagen. Ich hoffe, nicht als Spielverderber angeklagt zu werden, wenn ich einräume, daß auf beiden Seiten Vieles zu sagen sein wird.

Ich bin zu meinen eigenen Schlußfolgerungen auf Grund ständigen Nachdenkens während vieler Monate gekommen, ohne von dem Ergebnis enthusiasmiert zu sein. Sie sind zugleich das Resultat einer schrittweisen Ausschaltung derjenigen möglichen Alternativen, die als noch weniger wünschenswert erschienen. Ich habe keineswegs auch nur für einen Augenblick angenommen, daß ein Finanzzolltarif allein geeignet sei, Großbritannien von seinen Nöten zu befreien. Tatsächlich unterstütze ich den Finanzzollgedanken hauptsächlich deshalb, weil er uns einen gewissen Spielraum an Hilfsquellen und eine Atempause verschaffen wird, während der wir andere Aufgaben lösen können.

Ich beginne zunächst mit einem der schwächsten Punkte eines Zolltarifs — seinem Einfluß auf die Exportentwicklung. Man kann diese Frage eindeutig dahin beantworten, daß man von einem allgemeinen Zolltarif nicht erwarten kann, daß er unserer Ausfuhr irgendwelchen unmittelbaren Nutzen bringen wird. Ein Tarif wird vielmehr eher die Tendenz haben, die Herstellungskosten zu erhöhen als umgekehrt, obwohl ich annehmen möchte, daß die Kostensteigerung geringfügig sein und im Vergleich mit anderen Kostenfaktoren nicht ins Gewicht fallen wird. Einen Ausgleich für die Kostensteigerung finde ich jedoch in der Tatsache, daß diejenigen Industrien Englands, die im Wettbewerb zu unserer Wareneinfuhr stehen, insgesamt von einem Zolltarif Vorteile in einem Umfang haben würden, der unverhältnismäßig stärker ins Gewicht fiele als die Folgen, die ein Tarif für die Ausfuhrindustrie mit sich brächte. Gleichzeitig würde der internationale Einfluß Großbritanniens so steigen, daß es andere Maßnahmen, die unseren Exportindustrien helfen würden, besser fördern könnte. Ich möchte sagen: Ich glaube, es würde für das internationale Gleichgewicht Englands von großem Vorteil sein, wenn wir unsere Handelsbilanz um beispielsweise 50 Mill. £ günstiger gestalten könnten, und ich glaube weiter, daß dieses Ziel sehr viel leichter durch Drosselung der Einfuhr um diesen Betrag als durch eine Steigerung der Ausfuhr erreicht werden wird.

Denn, wie wird es uns gelingen, unsere Ausfuhr zu steigern? Ein englischer Maschinenfabrikant, der beide Länder kennt, erzählt mir, daß er seine Löhne um 20 % senken müßte, um auf die gleiche Kostenhöhe mit Deutschland zu kommen, und ich hege keinen Zweifel, daß er mit dieser Ansicht recht hat. Besteht irgendwelche Aussicht, daß eine solche Senkung vorgenommen werden wird? Und wenn sie vorgenommen würde, dürfen wir dann mit Sicherheit darauf rechnen, daß Deutschland diese Maßnahme nicht mit einer weiteren Senkung seines Lohnniveaus beantworten wird, da es weiß, daß wir es im Friedensvertrag unter Androhung scheußlicher Strafen verpflichtet haben, uns mit Erfolg Konkurrenz zu machen und tatsächlich seine Löhne, wie stark wir auch immer die unseren senken mögen, noch stärker abzubauen?

Unter diesen Umständen sehe ich für unseren Exporthandel nicht sehr viel positive Chancen. Ich möchte fast bezweifeln, daß es irgendeine wesentliche Hilfsmaßnahme gibt, die wir ihm unmittelbar zukommen lassen können, soweit es sich nicht um Subsidien handelt. Für die Exporteure ist eine Wiederbelebung des Welthandels die einzige Hoffnung. Mit der Zeit wird diese Besserung auch eintreten. Sobald diese Besserung eingetreten ist, verfügen wir über einen echten Maßstab für die Größe des Problems, das uns ständig bedroht, wenn wir einen ausreichenden Umfang unseres Exporthandels aufrechterhalten wollen. In der Zwischenzeit ist das beste, was wir tun können, die finanzielle Position und das Prestige von London zu stärken, um das volle Gewicht unseres Einflusses für die Durchsetzung von Plänen für internationale Zusammenarbeit wiederzuerlangen. Damit komme ich auf den Finanzzolltarif zurück, der meiner Meinung nach geeignet ist, zu diesem Ziele beizutragen.

Falls ich einen konkreten, praktischen Vorschlag wüßte, um unseren Ausfuhrhandel zu beleben, so würde ich ihn willkommen heißen. Da ich aber keinen kenne, so kehre ich zu einer Einschränkung der Einfuhr zurück, um unsere Handelsbilanz zu stützen und Arbeitsgelegenheit zu schaffen. Mehr noch, selbst wenn wir darin überein-

stimmen würden, daß wir eine ausreichende Höhe unserer Ausfuhr ohne eine starke Senkung unserer Löhne nicht wieder erzielen können, so weiß ich nicht, was wir praktisch zur Erreichung unseres Zieles tun könnten.

Ein Finanzzolltarif und die Lebenshaltungskosten

Freihändler sind seit langem daran gewöhnt, die Wirkung auf die Lebenshaltungskosten als ein Argument gegen einen Zolltarif anzuführen. In gewöhnlichen Zeiten liegt kein Sinn darin, die Preise zu steigern, ganz im Gegenteil. Bevor wir jedoch den Einwand der Preissteigerung unter den gegenwärtigen Umständen erheben, müssen wir ganz sicher sein, ob wir ihn heute mit gutem Grund anwenden können, und ob er kein Papageiengeschwätz aus alten Tagen darstellt.

Es wird allgemein eingeräumt, daß die Wurzel unserer heutigen Störung in der Diskrepanz zwischen Kosten und Preisen gesucht werden muß, die dazu geführt hat, daß es unmöglich geworden ist, zu gewinnbringenden Bedingungen die Erzeugung abzusetzen oder Leute zu beschäftigen. Gibt es irgendeinen vernünftigen Menschen der glaubt, es gäbe hiergegen ein Hilfsmittel, das nicht entweder die Kosten verringert oder die Preise steigert? Wenn dem aber so ist, so bedeutet es an sich keinen Einwand gegen einen Vorschlag, daß er entweder das eine oder das andere zur Folge hat. Wenn es unser Bestreben ist, die Interessen der arbeitenden Klassen zu fördern, so müssen wir die Konsequenzen der einen Gruppe von Hilfsmitteln gegen die Folgen anderer Vorschläge abwägen.

Wenn beispielsweise der „Economist" beklagt, daß bei einem Finanzzolltarif die Lebenshaltungskosten der arbeitenden Schichten steigen werden, so weiß ich, daß es sich hierbei um Krokodilstränen handelt. Denn mit demselben Atemzuge schlägt er andere Maßnahmen vor, durch die der gleiche Betrag an zusätzlichen Staatseinnahmen durch Steuern auf Bier, Tabak, Zucker und Tee aufgebracht werden soll, und fordert er weiter einen Lohnabbau um 10 bis 15 %. Einzelne Kritiker haben in ihren Zuschriften leider nicht deutlich genug gesagt, was sie vorschlagen, so daß eine Diagnose der Konsequenzen ihrer Politik nicht möglich ist. Lehnen sie alle indirekten Steuern auf Konsumgüter der arbeitenden Schichten ab? Sind sie Gegner jeder Lohnkürzung, wie sie die Eisenbahner jüngst erlitten haben? Falls das nicht der Fall ist, dann handelt es sich nicht mehr darum, einen Einzelvorschlag isoliert zu diskutieren, sondern um einen Vergleich zwischen den einzelnen Projekten.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß der englischen Exportindustrie mit einem Steigen der Weltmarktpreise oder einer Senkung der heimischen Löhne weit mehr gedient wäre als mit einem Finanzzolltarif — vorausgesetzt, daß wir eine solche Entwicklung erzwingen könnten. Doch dieser Einwand gehört einem anderen Teil der Diskussion an und muß dort abgehandelt werden. Nehmen wir die Lebenshaltung der arbeitenden Schichten zum Ausgangspunkt des Vergleiches, so glaube ich, daß mein Vorschlag eines Finanzzolltarifes sehr vorteilhaft gegenüber anderen Projekten abschneidet. Die konkreten Folgen seiner Durchführung sind natürlich davon abhängig, ob importierte Lebensmittel von diesem Finanzzoll betroffen werden sollen oder nicht. Mein Vorschlag, der Lebensmittel mit einbezogen hat, würde meiner Meinung nach kaum geeignet sein, die Lebenshaltungskosten auch nur um 2 % zu steigern. Läßt man Lebensmittel zollfrei und wendet den Tarif nur auf Fabrikate und Halbfabrikate an, so scheint es mir unwahrscheinlich, daß die allgemeinen Lebenshaltungskosten auch nur um ein volles Prozent steigen würden. Ich glaube, daß diese Wirkungen nicht größer sind als diejenigen, die bei irgendeiner anderen Art von indirekten Steuern eintreten würden, und gegenüber Lohnkürzungen keine nennenswerte Rolle spielen. In früheren Diskussionen handelte es sich um den Vergleich zwischen direkten Steuern und Zöllen, während Lohnsenkungen überhaupt nicht zur Erörterung standen. Heute liegen die Verhältnisse anders. Falls die anderen Vorteile, die ich von einem Finanzzolltarif erwarte, die günstige Beeinflussung des Arbeitsmarktes, des allgemeinen Vertrauens in die künftige Wirtschaftsentwicklung, der Handelsbilanz und des Budgets, zutreffend begründet sind, dann kann die Rückwirkung des Tarifs auf die Lebenshaltung der Arbeiterschaft, soweit sie überhaupt erwähnenswert ist, als ein weiterer Vorteil bezeichnet werden, da sie so geringfügig im Vergleich zu den Konsequenzen ist, die sich aus der Verwirklichung anderer Projekte für den Arbeiterhaushalt ergeben würden.

Die ganze Materie verlangt eine Untersuchung durch einen ausgeruhten Kopf, und zwar einen klaren Kopf. Es ist billig, sich mit der Wiederholung der Formeln zu begnügen, an deren Wiederholung man nun einmal gewöhnt ist, ohne daß man sich um eine erneute Tätigkeit des Gehirns bemüht hat. Jedoch weichen die Bedingungen, unter denen das Problem zu lösen ist, so sehr von dem gewöhnlichen Stand der Dinge ab, daß man meiner Ansicht nach gezwungen ist, alles noch einmal mit Hilfe eines neuen Gedankenapparates zu überdenken. Denn noch niemals vorher sind wir gezwungen gewesen, zu überlegen, was wir am besten tun sollen angesichts einer andauernden und weitverbreiteten Störung des wirtschaftlichen Gleichgewichts. Das Problem, mit dem wir uns bislang zu beschäftigen pflegten, bestand nicht in der Überlegung, wie wir aus einer recht kritischen Situation herauskämen, sondern was die beste Politik auf lange Frist sei, um die Bedingungen des Gleichgewichts aufrechtzuerhalten.

Die Rückwirkung der Einfuhr auf die Ausfuhr

Ich finde, daß eine große Zahl von Freihändlern ihre These nicht als die Quintessenz einer nüchternen Abwägung von Vorzügen gegen Nachteile verteidigt, sondern daß sie der Meinung sind, ihre Lehre sei die offensichtliche Schlußfolgerung einer einfachen Wahrheit. Falls man ein bestimmtes Einfuhrgeschäft unterbindet, dann ergibt sich — „da Einfuhr und Ausfuhr einander gegenseitig bezahlen" — daraus mit mathematischer Notwendigkeit die Konsequenz, so glauben sie, daß man nach Verstreichen eines Zeitraums, der zu kurz ist, um von Belang zu sein, ein ebenso großes Exportgeschäft verlieren muß. Dieses Dogma ist sogar von ersten Autoritäten unterstützt worden. Professor Robbins, obwohl er, wie ich annehme, nicht jeden Buchstaben des Dogmas unterschreibt, hat es dennoch in einem Artikel unterstützt, der Februar 1931 in der Zeitschrift „Economics" erschienen ist. Unter der Bezeichnung „die pons asinorum der Theorie des internationalen Handels" verwendet er ein Argument gegen einen Zolltarif als Mittel

zur Belebung des Arbeitsmarktes, das sich ebenfalls gegen eine Herabsetzung der Löhne und eine Leistungssteigerung verwenden ließe, und Sir William Beveridge hat in der „Times" die Theorie in voller Reinheit produziert, indem er behauptet, es bedeute keinen Unterschied für den britischen Arbeitsmarkt, ob ich ein englisches oder amerikanisches Automobil kaufe, oder ob die heimischen Erzeugungskosten für Eisen und Stahl auf eine Basis gesenkt werden, auf der sie gegenüber fremden Kosten konkurrenzfähig sind, bzw. ob diese Senkung unterbleibt. Nein — die Theorie wird noch nicht in ihrer vollen Reinheit produziert. Denn die Gläubigkeit Sir Williams stolpert an einem kritischen Punkt: während er nämlich glaubt, daß eine Reduzierung unserer Einfuhr unsere Ausfuhr reduziert, glaubt er nicht, daß eine Vermehrung unserer Einfuhr die Ausfuhr vermehren würde.

Nun, wenn das alles wahr wäre — wenn eine Beschränkung der Einfuhr fast unmittelbar darauf eine mehr oder weniger gleich große Beschränkung der Ausfuhr zur Folge hätte —, so würde ein Tarif (neben vielen anderen Dingen) ein völlig ungeeignetes Instrument sein, um den Beschäftigungsgrad zu erhöhen und um die Handelsbilanz zu unseren Gunsten zu verändern. Aber — das ganze Dogma ist natürlich gar nicht richtig. Es zu glauben kommt einer Verhöhnung des gesunden Menschenverstandes und der Erfahrung gleich, dieser Glaube kann nicht durch irgendwelche Argumente bewiesen werden. Die ganze Theorie wäre nur zutreffend in einem rein hypothetischen Wirtschaftssystem, das eine solche angeborene Fähigkeit zur Aufrechterhaltung des stabilen Gleichgewichtes besitzt, daß nicht nur sowohl die Ausgangs- und die Schlußpositionen stets im Gleichgewicht wären, sondern in dem dank einer besonderen Elastizität jede Störung so unmittelbar durch eine Gegenbewegung beantwortet würde, daß, wie gesagt, es dem ganzen System unmöglich wäre, jemals wesentlich aus dem Gleichgewicht zu kommen. Auf jeden Fall bin ich sicher, daß die für eine solche Schlußfolgerung erforderlichen Voraussetzungen weit entfernt von der Wirklichkeit der Gegenwart sind und daß, um bei der Beweisführung von Sir William Beveridge zu bleiben, zum Beispiel die Ansicht, ein Zolltarif sei nicht in der Lage, die Arbeitslosigkeit zu vermindern, eine der unpassendsten Annahmen ist, die sich etwas gewaltsam in seine ganze Argumentation hineingeschlichen haben — denn ich möchte annehmen, daß unter seinen Voraussetzungen gar keine Arbeitslosigkeit da sein kann, die zu bekämpfen wäre. Das Dogma kann auch nicht durch die Einschränkung gerettet werden, daß die Ausfuhr zwar nicht auf der Stelle, jedoch früher oder später vermindert werden wird. Der Endeffekt, der durch die Fernhaltung bestimmter Einfuhrgüter bewirkt werden kann, mag früher oder später in der Zunahme der Einfuhr anderer Warenkategorien bestehen.

Meiner Ansicht nach besteht, während in einer Hinsicht die Position jedes Elementes im ökonomischen System von der Position aller anderen abhängig ist, dennoch keine direkte und einfache Beziehung zwischen dem Volumen der Ausfuhr und dem der Einfuhr. Eine Veränderung in der Einfuhr führt, wenn sie auf das Hinzukommen eines neuen Faktors, wie eines Zolltarifes, zurückzuführen ist, zu einer ganzen Reihe von komplexen Rückwirkungen im Wirtschaftskörper, die vermutlich, bevor sie zu voller Auswirkung gekommen sind, in der Tat einigen Einfluß auf alle Faktoren haben. Aber die Natur dieser Rückwirkungen hängt entscheidend (unter andern Dingen) davon ab, ob die Ausgangsposition ein wirtschaftlicher Gleichgewichtszustand war oder nicht. Ich möchte an einem Beispiel kurz erklären, welche Art von Erwägungen es sind, von denen man auszugehen hat. Falls unsere Einfuhr auf die eine oder andere Art und Weise, zum Beispiel durch einen Zolltarif, verringert wird, so hat in erster Linie die Bank von England die Wahl, ob sie mehr Gold einführen oder den Diskontsatz herabsetzen will. Soweit sie sich entschließt, mehr Gold einzuführen, werden die Gold verlierenden Länder ihren heimischen Kredit einschränken, oder auch nicht. Falls die Bank von England den Diskontsatz senkt, so wird diese Maßnahme uns instandsetzen, sofort größere Beträge an das Ausland auszuleihen (bzw. weniger zu borgen) und das inländische Kreditvolumen zu vergrößern. Die Verbreiterung der heimischen Kreditbasis wird uns sowohl veranlassen, mehr zu importieren, als auch unsere eigene Erzeugung zu vergrößern. Ob eine Zunahme der heimischen Produktion zu einer Erhöhung des Preisniveaus der betreffenden Produkte führt, hängt davon ab, ob wir über eine zusätzliche Produktionskapazität verfügen und inwieweit diese Zusatzkapazität zu ungefähr den gleichen Unkostensätzen je Produktionseinheit in Betrieb genommen werden kann wie die bereits benutzten Produktionsanlagen und bereits beschäftigten Arbeitskräfte. Gesetzt den Fall, daß die zusätzliche Kapazität nur zu erhöhten Betriebskosten je Produktionseinheit in Betrieb genommen werden kann, so trifft dieser Sachverhalt gleichmäßig auch auf viele andere Hilfsmittel gegen Arbeitslosigkeit zu und beschränkt sich nicht nur auf den Sonderfall, daß der erste Anstoß von einem Zolltarif kommt. Der Enderfolg, den diese ganze Entwicklung im Vergleich zu anderen Mitteln gegen die Arbeitslosigkeit hinsichtlich des Exporthandels haben wird, läßt sich nicht durch a priori-Erwägungen feststellen, sondern läßt sich lediglich durch die Anwendung eines stichfesten theoretischen Apparates auf ein Wissen um sehr viele Tatbestände sowie endlich durch eine auf praktischen Beurteilungen beruhende Schätzung der durch diese Anwendung aufgezeigten Wahrscheinlichkeiten ermitteln. Ich kann mir sowohl Fälle vorstellen, in denen eine Zunahme der Ausfuhr am Schlusse der Entwicklung stehen wird, wie Fälle, in denen mit einer Ausfuhrminderung als Endergebnis zu rechnen sein wird. Wie die Entwicklung aber auch immer laufen mag, nur durch ein unwahrscheinliches und ungewöhnliches Zusammentreffen von Umständen könnte der Fall eintreten, daß die Veränderung im Exportvolumen genau der Veränderung der Einfuhrsumme entspräche.

Auf die gegenwärtigen Verhältnisse bezogen, glaube ich, daß einem Zolltarif die Möglichkeit innewohnt, eine im Endeffekt günstige Wirkung auf den Arbeitsmarkt auszuüben. Zunächst, weil die Bank von England heute gezwungen ist, einen Druck durch die Aufrechterhaltung eines Diskontsatzes, der künstlich und ohne Präzedenzfall über die Sätze in Frankreich und den Vereinigten Staaten herausgetrieben worden ist, auszuüben und sich bereits seit geraumer Zeit in dieser Zwangslage befindet, da sie uns daran hindern muß, zu große Beträge an das Ausland auszuleihen. Ein Nachlassen des Drucks auf

die Wechselkurse könnte daher sofort dazu führen, unsere Ausleihungen an das Ausland zu vermehren.

Weiter verspreche ich mir von einem Zolltarif eine günstige Entwicklung auf den Arbeitsmarkt, weil wir in England über eine große ungenützte Reserve an Menschen und Betriebsanlagen verfügen, so daß eine wesentliche Zunahme der für den Binnenmarkt bestimmten Produktion möglich sein wird ohne jene Rückwirkung auf die Exportpreise, die eintreten würde, wenn wir keine Zusatzreserve an Produktionskapazität hätten.

Ich habe gefunden, daß dies Ergebnis einer Kontroverse über diese Frage eine sehr unfruchtbare Sache ist. Es ist sehr viel auf beiden Seiten zu der Frage eines Zolltarifs zu sagen. Es ist eine schwierige Entscheidung. Aber manche Kritiken haben nicht einmal den Rahmen dessen erreicht, was für mich das wirkliche Problem darstellt oder irgendein Interesse an der Analyse gezeigt, die den größten Raum meines ursprünglichen Artikels einnahm und die allmählich zu meinem Zollvorschlag im letzten Absatz hinführte. Ist das die Scheu vor dem odium theologicum, das dem Freihandel anhaftet? Liegt es daran, daß die Nationalökonomie eine seltsame Angelegenheit ist oder sich in einer seltsamen Verfassung befindet? Was immer der Grund dafür sein mag, neue Gedankengänge haben für die Enthusiasten des Freihandels keine Anziehungskraft. Diese haben mich gezwungen, eine Portion von Gemeinplätzen, wenn auch widerwillig und zögernden Herzens, wiederzukäuen, indem sie mich einen Weg entlang schleppten, über den ich bereits alles wußte, seitdem ich irgend etwas gewußt habe und der uns nicht, wie ich bei verschiedenen Versuchen entdeckt habe, zu einer Lösung unserer heutigen Schwierigkeiten zu führen vermag.

In dem Budget, das dieser Tage vorgelegt wird, wird kein Finanzzolltarif enthalten sein. Aber die unwiderstehliche Gewalt des common sense in Gemeinschaft mit einem besonderen Notstand wird in nicht zu ferner Zukunft die Einführung eines Zolltarifs ergeben.

Steuerertrag und Reichshaushalt 1931

Von Dr. Carl Krämer (Hamburg)

Niemand wird es für möglich halten, die Rückwirkungen stark rückläufiger Wirtschaftstätigkeit auf die Staatseinnahmen aus Steuern und Zöllen im voraus mit absoluter Genauigkeit zu errechnen, zumal uns für den Fall derartig starker Erschütterungen des Wirtschaftskörpers, wie wir sie in Deutschland seit zwei Jahren erleben, alle empirischen Erfahrungen fehlen. Der Stand unseres statistischen Wissens, die Leistung der Konjunkturforscher und nicht zuletzt die Qualität der Finanzwissenschaftler müßten jedoch sehr viel schlechter sein als sie tatsächlich sind, wenn sich nicht Mittel und Wege finden sollten, um zu einer halbwegs brauchbaren Annäherung an den wirklichen Steuerertrag selbst eines etwas entfernteren Zeitabschnitts zu gelangen. Wer sich einer solchen Aufgabe unterzieht, muß vor allem vier Voraussetzungen erfüllen: Er muß die gesetzlichen Grundlagen der Steuererhebung genau kennen; er muß über eine sichere Hand in Fragen der Wirtschaftsdiagnose und Konjunkturprognose verfügen; er muß sich exakter statistischer Methoden bedienen und er muß es sich zum Gesetz machen, sich mit dem Ergebnis dieser Untersuchung ebenso zufrieden zu geben, wie man sich normalerweise mit dem Ergebnis einer mathematischen Berechnung zufrieden gibt. Wir sind jederzeit bereit, zuzugeben, daß selbst bei strikter Innehaltung dieser Grundsätze das Ergebnis der Veranschlagungsarbeiten, die am zweckmäßigsten gemeinsam von den Sachreferenten des Instituts für Konjunkturforschung und des Reichsfinanzministeriums durchgeführt werden sollten, den tatsächlichen Ertrag der veranschlagten Steuern noch übersteigen wird, denn die Stärke der unseren Wirtschaftsverlauf bestimmenden depressiven Kräfte hat selbst die resigniertesten Voraussagen übertroffen. Immerhin hat es in den verflossenen Jahren nicht an Anlässen gefehlt, aus den enttäuschenden Ergebnissen des Steuereingangs zu lernen, es hat nicht an privaten und amtlichen Versuchen gefehlt (erinnert sei an die Arbeiten des Instituts für Konjunkturforschung), die Irrtümer des Finanzministeriums richtigzustellen, und deshalb trifft der Vorwurf einer fahrlässigen Steuervorschätzung die amtlichen Instanzen in voller Schärfe. Denn die andauernde Unsicherheit über die Gestaltung der Staatsfinanzen, die dadurch hervorgerufen wird, daß die Verwaltung stets im rechten Augenblick zögert, diejenigen Korrekturen an ihrem Einnahmeetat vorzunehmen, die sich späterhin doch als unabwendbar erweisen, ist einer der wichtigsten Gründe für das Andauern der Depression.

Wenn oben von enttäuschenden Erfahrungen die Rede war, so sei daran erinnert, daß sich bereits das Einnahme-Soll des Reichshaushaltsplans für 1929 als zu hoch erwies, obwohl die Schätzungen zum Teil erst wenige Wochen vor Abschluß des Rechnungsjahres vorgenommen worden sind. Unvergleichlich viel stärker wichen die Steueransätze für das Rechnungsjahr 1930 von dem tatsächlichen Ergebnis ab, nämlich um insgesamt 1,4 Milliarden RM, obwohl bei Veröffentlichung des Entwurfs im April 1930 bereits die Ergebnisse für das vorangegangene Rechnungsjahr vorlagen und es sich nur darum handelte, die Entwicklung der nächsten zwölf Monate, statt wie sonst der nächsten 18 Monate, abzuschätzen. Aber selbst wenn man einräumt, daß im April 1930 noch nicht mit völliger Sicherheit entschieden werden konnte, ob es sich bei dem zu beobachtenden Niedergang um eine vorübergehende Unterbrechung einer strukturellen Aufwärtsbewegung oder vielmehr um die Symptome eines schweren Krankheitsprozesses der Wirtschaft von unbestimmter Dauer handelte, so bleibt auf jeden Fall zu beanstanden, daß nicht in den späteren Monaten, als sich herausstellte, daß die letzte Prognose die richtige ist, zu einer umfassenden Berichtigung der Ansätze geschritten wurde. Im Juni wurden die überhöhten Ansätze zunächst um 150 Mill. RM gekürzt, im November wurde zugegeben, daß ein